



## „Die EZB ist auf dem richtigen Weg“

**Schuldenkrise.** Kritiker aus Deutschland sehen in den Staatsanleihenkäufen der Europäischen Zentralbank (EZB) eine Staatsfinanzierung durch die Hintertür und sind deshalb vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Markus Demary und Jürgen Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) halten das Eingreifen der EZB dagegen keineswegs für eine Mandatsüberschreitung – sondern für geldpolitisch gerechtfertigt. 

Die EZB hat mehrere Instrumente zur Steuerung der Geldmenge. Sie kann beispielsweise den Leitzins senken, um Kredite zu verbilligen und so die Wirtschaft anzukurbeln. Sie kann aber auch die Geldmenge verknappen, um die Inflation in Schach zu halten.

Kritiker bezweifeln, dass der Ankauf von Staatsanleihen als geldpolitisches Instrument zulässig ist. Markus Demary, Referent für Geldpolitik im IW Köln, widerspricht: „Solange die EZB die Preisstabilität nicht gefährdet, darf und soll sie die allgemeine Wirtschaftspolitik unter-

stützen, also die Schuldenkrise entschärfen, um einen Finanzmarkt kollaps zu verhindern. Dazu können Staatsanleihenkäufe nötig sein.“

### „Das Konzept funktioniert“

Zum ersten Mal hat die EZB im Mai 2010 eingegriffen und Staatsanleihen von Griechenland, Portugal und Irland angekauft. Sie konnte damit vorübergehend den überzogenen Zinsanstieg und den drohenden Zusammenbruch der Krisenstaaten verhindern. Genau das ist die Aufgabe der Geldpolitik, →

### Leitzinssenkung kommt im Süden nicht an

■ ■ ■ Zinsen für Unternehmenskredite bis 1 Million Euro mit einer Laufzeit von 1 bis 5 Jahren in Prozent ■ EZB-Hauptrefinanzierungszins



Quelle: EZB

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 38

### Inhalt

**Hessen.** Vor der Landtagswahl steht das Land wirtschaftlich gut da – obwohl noch nicht alle Nachwehen der Finanzkrise überwunden sind.  
Seite 3

**Studenten.** Der typische Student büffelt knapp sieben Semester, hat monatlich 864 Euro zur Verfügung und jobbt sieben Stunden pro Woche.  
Seite 4-5

**Arbeitsmarkt.** Für die oft befürchtete Zuwanderung vieler Rumänen und Bulgaren in den Sozialstaat Deutschland gibt es bislang keine Belege.  
Seite 6

**Länderfinanzen.** Die derzeitige Rechtslage gibt den Ländern zu wenige Anreize für eine eigenständige, solide Finanzpolitik.  
Seite 7

**Bildungsexpansion.** Von den staatlichen Bildungsausgaben profitieren vor allem junge Leute. Ihr Anteil am „Bildungskuchen“ steigt.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ betont der IW-Ökonom. Weil sich die Krise im Juli 2012 erneut verschärfte, kündigte EZB-Präsident Mario Draghi Ende Juli ein neues Anleihenkaufprogramm an, das dann im September konkretisiert wurde.

„Der Clou daran war, das Volumen nicht zu begrenzen“, erklärt Jürgen Matthes, Leiter des Kompetenzfelds „Internationale Wirtschaftsordnung“ im IW Köln. Allein die Ankündigung Draghis – „And believe me, it will be enough“ – habe gereicht, die Spekulation gegen den Euro einzudämmen. Denn nun bestand für die Spekulanten die Gefahr, viel Geld zu verlieren.

### „Preisstabilität nicht gefährdet“

Es gibt Behauptungen, die EZB habe damit die Druckerpresse angeworfen. „Das stimmt aber nicht“, sagt Demary. „Denn die EZB nimmt das Geld, mit dem sie die Anleihen kauft, kurze Zeit später wieder aus dem Markt. Also gefährdet sie nicht die Preisstabilität.“ Im Gegenteil: „Wäre es ohne die Intervention der EZB zu einer Krise gekommen, hätte eine kräftige Deflation gedroht.“

Die IW-Experten glauben, dass die Staatsanleihenkäufe auch geldpolitisch gerechtfertigt sind, weil die EZB mit ihrem klassischen Instrument – der Senkung des Leitzinses – allein nicht weitergekommen sei. Die Zinssenkungen im Herbst 2011 und Sommer 2012 hätten zwar in Deutschland zu fallenden Bankzinsen für kleine Unternehmen geführt, erklärt Demary, nicht aber in Italien und Spanien (Grafik Seite 1).

Die Transmission der Geldpolitik – also die Übertragung der EZB-Impulse über die Banken auf die Unternehmen – sei eindeutig gestört, meinen die IW-Experten. In Italien und Spanien hätten die Banken die

Zinsen sogar weiter erhöht. „Damit lag hier ein großes geldpolitisches Problem vor, und die EZB behebt es mit dem Kauf von Staatsanleihen.“

Demary hält den Eingriff für passend, „weil die Banken das entscheidende Scharnier für die Transmission der Geldpolitik sind und die Finanzierungskosten der Banken über viele Kanäle eng mit den Staatsanleihenmärkten zusammenhängen“.

Wenn zum Beispiel Ratings von Staaten gesenkt werden, steigen die Zinsen für Staatsanleihen. In der Regel werden anschließend auch die Ratings der großen Banken des Landes gesenkt – mit dem gleichen Effekt, so Demary. „Dies geschieht auch, weil ein Staat mit schwächerer Bonität die Banken im Fall der Fälle nicht mehr so leicht retten könnte.“

Zudem verringerten die krisenbedingten Wertverluste der Staatsanleihen die Kreditvergabefähigkeit von Banken. Denn sie bewirkten Abschreibungen und damit Bilanzverluste auf die von ihnen gehaltenen Staatsanleihen, außerdem bekamen die Banken nur noch schwer Kredite, weil sie diese oft mit Staatsanleihen besichern, die ja an Wert verloren hatten, argumentieren die IW-Wissenschaftler.

### „Finanzmärkte reagieren über“

Diese Faktoren trugen wesentlich dazu bei, dass es vor allem Ende 2011 zu einer Verknappung des Kreditangebots und teilweise sogar zu einer Kreditklemme vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen in den Krisenländern kam.

Jürgen Matthes hält die Strategie der EZB auch deshalb für richtig, weil die Finanzmärkte in Krisenzeiten überreagieren. „Herdenverhalten, Ansteckungseffekte und sich selbst erfüllende Prophezeiungen

können zu schwer aufhaltbaren Zinsspiralen führen. Denn wenn Zinsen einmal steigen, steigt die Bankrottwahrscheinlichkeit, was wiederum die Zinsen erhöht.“

Um seine These zu belegen, verweist Matthes auf Statistiken aus dem Juli 2012. Damals war die Rendite für zweijährige spanische Staatsanleihen ohne ersichtlichen Grund innerhalb von gut einer Woche um mehr als 2 Punkte auf 6,6 Prozent gestiegen. In Italien kam es im gleichen Zeitraum zu einem Anstieg von 1,5 Punkten auf fast 5,1 Prozent.

Erst als Draghi kurz darauf seine Rede hielt und das Programm im September 2012 konkretisiert wurde, gingen die Zinsen zurück.

Eine ähnliche Entwicklung war zu beobachten, bevor die EZB am 8. August 2011 ihr erstes Ankaufprogramm fortsetzte. Auch damals griff sie ein, weil die Transmission gestört war, betonten die IW-Wissenschaftler. „Und weil nicht der Rettungsschirm, sondern nur die EZB stark genug war, die damit verbundenen Krisengefahren abzuwenden.“



**Jürgen Matthes**, Leiter des Kompetenzfelds „Internationale Wirtschaftsordnung“; matthes@iwkoeln.de



**Dr. Markus Demary**, Referent im Kompetenzfeld „Internationale Wirtschaftsordnung“, beschäftigt sich mit Fragen zur Geldpolitik und zur Funktionsweise der globalen Finanzmärkte; demary@iwkoeln.de



# Finanzkrise wirkt nach

**Hessen.** Am 22. September treffen die Wähler in Hessen gleich zwei Entscheidungen – sie beteiligen sich nicht nur an der Bundestagswahl, sondern wählen gleichzeitig auch einen neuen Landtag. Wirtschaftlich steht das Land gut da – obwohl noch nicht alle Nachwehen der Finanzkrise überwunden sind.

Würde die Wählerentscheidung allein vom Wohlstandsniveau abhängen, hätte die amtierende schwarz-gelbe Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier den Sieg wohl schon in der Tasche. Denn mit einem Bruttoinlandsprodukt von fast 37.700 Euro je Einwohner konnte Hessen im vergangenen Jahr die höchste Wirtschaftskraft aller Flächenländer vorweisen (Grafik). Auch der Arbeitsmarkt präsentiert sich in blühender Verfassung:

**Von 2008 bis 2012 legte die Zahl der Erwerbstätigen um 3,4 Prozent zu; die Arbeitslosenquote betrug im August 2013 nur 5,9 Prozent – damit steht Hessen bei beiden Kennziffern im deutschlandweiten Vergleich überdurchschnittlich gut da.**

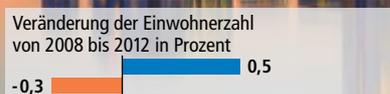
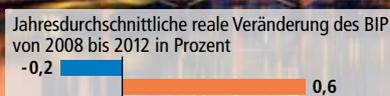
Allerdings hat die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 und 2009 die Konjunktur erlahmen lassen – in realer Rechnung ist die Wirtschaftsleistung daher im Schnitt der vergangenen vier Jahre leicht geschrumpft.

Beides – das hohe Wohlstandsniveau und die jüngste Wachstumsschwäche – ist nicht zuletzt auf die spezielle hessische Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Das Land ist besonders stark vom Dienstleistungssektor geprägt, und hier wiederum dominiert der Finanzplatz

## Hessen: Viel Wohlstand, wenig Dynamik

im Jahr 2012 ■ Hessen ■ Deutschland

Einwohner in 1.000	6.101	81.903
Erwerbstätige in 1.000	3.229	41.613
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	229,7	2.643,9



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Frankfurt. Die Main-Metropole ist nicht nur Sitz der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank, sondern beheimatet auch mehr als 260 in- und ausländische Banken. Gut 90 Prozent des gesamten deutschen Börsenumsatzes werden in Frankfurt erwirtschaftet.

Doch wie im Guten, so im Schlechten: Frankfurt hat die Finanzkrise besonders deutlich zu spüren bekommen – viele Banken mussten umstrukturieren und Personal abbauen. Trotzdem:

**Die Finanzinstitute in Frankfurt bieten heute immer noch nahezu 75.000 Menschen einen Arbeitsplatz.**

Eine weitere Säule der Wirtschaft im Rhein-Main-Gebiet ist der Flughafen Frankfurt mit ebenfalls rund 75.000 Beschäftigten in 500 Firmen. Der Airport ist mit rund 58 Millionen Passagieren und gut 2 Millionen Tonnen Fracht im Jahr 2012 mit Abstand die Nummer eins in Deutschland. Um ihn herum haben sich zudem viele Logistikdienstleis-

ter mit insgesamt fast 150.000 Beschäftigten angesiedelt.

Von der Attraktivität des Flughafens dürfte auch die Messe Frankfurt profitieren. Sie bietet nach Hannover die weltweit zweitgrößte Ausstellungsfläche, und ihre Betreibergesellschaft erzielte 2012 einen Rekordumsatz von 538 Millionen Euro.

Zur hessischen Wirtschaft gehört aber auch die Industrie – vor allem in und um Kassel. Die dort ansässigen Unternehmen entwickelten sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch, was sich nicht zuletzt in den Top-Platzierungen Kassels im Großstadtranking der IW Consult niedergeschlagen hat (vgl. iwD 50/2011). Die Region hat in hohem Maße vom überdurchschnittlichen Wachstum im Fahrzeugbau und im Bereich der erneuerbaren Energien profitiert – schließlich sind mit VW, Daimler und Bombardier große Auto- und Lokomotivhersteller sowie deren Zulieferer stark in Kassel vertreten.

# Studieren in Deutschland

## Nicht alle jobben, weil sie müssen

So viel Prozent der jobbenden Studenten taten dies, ...

	Studenten insgesamt	Studenten, bei denen höchstens ein Elternteil einen Berufsabschluss hat	Studenten, bei denen beide Elternteile einen akademischen Abschluss haben
... um sich etwas mehr leisten zu können	76	68	78
... weil es notwendig ist für den Lebensunterhalt	57	72	41
... um praktische Erfahrungen zu sammeln	49	41	58

Stand: 2012; Mehrfachnennungen  
Quelle: Deutsches Studentenwerk

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv38

Im Schnitt jobben heute 61 Prozent der Studenten während des Studiums, 2009 waren es noch 66 Prozent. Besonders beliebt sind Aushilfstätigkeiten im Büro, in der Fabrik oder in der Kneipe; auf Platz zwei landen die Jobs als studentische Hilfskraft an der Hochschule; jeder achte erwerbstätige Student gibt Nachhilfeunterricht. Viele arbeiten, um ihren Lebensstandard aufzubessern, bei Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien spielt allerdings die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, eine noch größere Rolle. Im Durchschnitt jobben Studenten aus bildungsnahen Elternhäusern nicht nur seltener, sie stecken auch weniger Stunden in die Arbeit als ihre Kommilitonen aus bildungsferneren Familien.

## Ohne Eltern geht nichts

Monatliche Einnahmen der Studenten 2012	Monatliche Einnahmen in Euro	Geldquellen in Prozent			
		Eltern	Bafög	Job	Sonstige
Höchstens ein Elternteil mit Berufsabschluss	850	27	34	26	13
Beide Elternteile mit Berufsabschluss	848	39	22	25	13
Ein Elternteil mit akademischem Abschluss	869	53	12	24	12
Beide Eltern mit akademischem Abschluss	891	63	7	20	10

Sonstige Quellen: zum Beispiel Stipendien, Kredite, eigene Ersparnisse  
Quelle: Deutsches Studentenwerk

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv38

Sind beide Eltern Akademiker, ist die Kasse in der Regel gut gefüllt: Im Schnitt verfügen Studenten aus Elternhäusern, in denen beide Eltern studiert haben, über einen Monatsetat von fast 900 Euro. Zwar bekommt diese Studentengruppe selten Bafög, doch dafür decken die elterlichen Überweisungen zwei Drittel des Budgets. Am anderen Ende der Skala, bei den Studenten, die aus einfachen Verhältnissen stammen, tragen die Eltern nur gut ein Viertel zum monatlichen Lebensunterhalt bei. Deshalb ist dieser Nachwuchs meist auch häufiger auf einen Nebenjob angewiesen als Akademikerkinder.

28

Prozent der Bachelorstudenten des Absolventenjahrgangs 2010 brachen ihr Studium ab

## Fast jeder Fünfte studiert im Ausland

So viel Prozent der Studenten in höheren Semestern waren während des Studiums im Ausland, um dort ...

	1991	2000	2012
... zu studieren	7	15	18
... ein Praktikum zu machen	9	17	13
... einen Sprachkurs zu besuchen	4	6	3
Sonstiges	4	5	4
<b>Insgesamt</b>	<b>20</b>	<b>32</b>	<b>30</b>

Mehrfachnennungen  
Quelle: Deutsches Studentenwerk

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

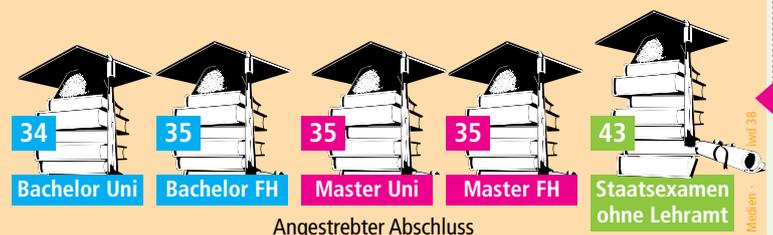
© 2013 IW Medien - iwv38

Hausarbeiten schreiben auf Hawaii, Credit-Points sammeln in Cambridge: Das Ausland lockt – und zwar deutlich häufiger als noch vor 20 Jahren. Damals ging noch nicht mal jeder Zehnte zum Studieren ins Ausland, heute schon fast jeder Fünfte.

Wie viel Zeit ein Student mit Vorlesungen und Lernen verbringt, ist auch abhängig vom angestrebten Abschluss. Am meisten gebüffelt wird in den Staatsexamensstudiengängen, angehende Mediziner investieren durchschnittlich sogar 46 Wochenstunden in ihre Ausbildung. Studenten der Sozialwissenschaften gehen ihren studentischen Alltag dagegen mit 30 Stunden pro Woche deutlich lockerer an. Dabei darf man allerdings nicht vergessen, dass die Studenten neben dem Studium meist noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen: Masterkandidaten jobben im Schnitt neun bis zehn Stunden die Woche, Bachelorstudenten zwischen sechs und acht Stunden. Und selbst die zeitlich durch das Studium recht eingespannten Staats-examensanwärter arbeiten noch fünf Stunden pro Woche.

## 35-Stunden-Woche

Studienaufwand in Wochenstunden von Studenten im Erststudium im Jahr 2012



Quelle: Deutsches Studentenwerk

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv38

# STECKBRIEF

## eines Durchschnittsstudenten

Alter:	24,4 Jahre
Familienstand:	in einer festen Beziehung
Kinder:	keine
Wohnhaft:	Mietwohnung
Studienfach:	Betriebswirtschaftslehre
Studienaufwand:	wöchentlich 35 Stunden
Voraussichtliche Studiendauer:	7 Semester (Bachelor)
Job:	Aushilfskraft, wöchentlich 7,4 Stunden Arbeitszeit

Monatliches Budget: **864 Euro**

dafür



Miete inkl. Nebenkosten:  
**298 Euro**



Essen und Trinken:  
**165 Euro**



Fahrtkosten:  
**82 Euro**



Freizeit, Kultur, Sport:  
**68 Euro**



Gesundheit:  
**66 Euro**



Kleidung:  
**52 Euro**



Kommunikation:  
**33 Euro**



Lernmittel:  
**30 Euro**

Sonstiges:  
**70 Euro**

**32**

Prozent der Studenten beziehen Bafög

## Hochschulzugang: Immer noch eine Frage der Herkunft

So viel Prozent der 19- bis 24-Jährigen, deren Vater diese Schulbildung hatte, begannen ein Studium

	Hauptschule	Realschule	Hochschulreife
1996	18	29	70
2000	16	33	77
2003	21	27	84
2005	19	26	71
2007	20	25	75

Quelle: Deutsches Studentenwerk

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 38

Die Schulbildung der Eltern spielt eine erhebliche Rolle bei der Ausbildung der Kinder: Nach wie vor studieren Kinder aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil über das Abitur oder einen Hochschulabschluss verfügt, deutlich häufiger als Kinder mit Eltern ohne Hochschulabschluss. Und das ist nicht nur in Deutschland so: Laut OECD bestimmt das elterliche Bildungsniveau in allen Ländern die Studienbeteiligung maßgeblich. In Deutschland ist immerhin eine leichte Veränderung festzustellen: Nahmen 2007 nur 19 von 100 Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien ein Studium auf, waren es 2009 immerhin schon 23.

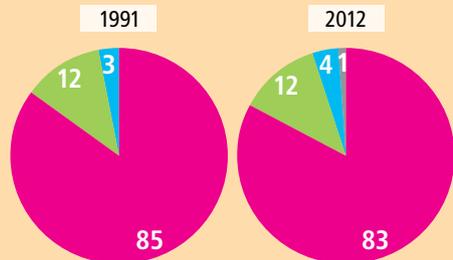
**2,5**

Millionen Studenten gibt es derzeit in Deutschland

## Eintrittskarte Abitur

So viel Prozent der Studenten hatten ...

- ... die allgemeine Hochschulreife
- ... die Fachhochschulreife
- ... die fachgebundene Hochschulreife
- ... eine andere Hochschulzugangsberechtigung



Quelle: Deutsches Studentenwerk

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 38

Die allgemeine Hochschulreife ebnet nach wie vor den Weg zur Alma Mater: An den deutschen Universitäten haben 96 Prozent der Studenten das Abi, an den Fachhochschulen 57 Prozent. Zwar hat die Kultusministerkonferenz 2009 beschlossen, dass auch Absolventen der Berufsausbildung ohne Abitur oder Fachhochschulreife die Hochschultüren offen stehen sollen, doch diesen unkonventionellen Weg gehen noch nicht viele. Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Studenten ohne Hochschulreife gerade mal 1 Prozent; die Zahl der Studienanfänger, die weder über die allgemeine Hochschulreife noch über die Fachhochschulreife oder die fachgebundene Hochschulreife verfügten, betrug 2010 immerhin 2 Prozent.

# Die Arbeit lockt

**Arbeitsmarkt.** Ab Januar 2014 genießen Rumänen und Bulgaren in Deutschland die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit. Für die oft befürchtete Zuwanderung in den Sozialstaat Deutschland gibt es bislang aber keinerlei Belege.

Eines der Grundprinzipien der EU ist der freie Waren- und Kapitalverkehr, also der unbeschränkte Handel zwischen den Mitgliedsstaaten. Außerdem darf jeder EU-Bürger innerhalb der Union dort leben und arbeiten, wo er möchte – das ist die sogenannte Freizügigkeit. Tritt ein Land neu in die EU ein, ist diese Freizügigkeit zunächst oft für einige Zeit beschränkt. Die Bürger der 2004 beigetretenen zehn mittel- und osteuropäischen Länder dürfen so erst seit 2011 ohne Einschränkungen in Deutschland wohnen und einer Beschäftigung nachgehen. Durch die Regelung sollte der Mitte des vergangenen Jahrzehnts angespannte deutsche Arbeitsmarkt nicht noch weiter belastet werden.

Eine Übergangsfrist gibt es auch für Bulgarien und Rumänien, die beide im Jahr 2007 der EU beigetreten sind. Erst ab Januar 2014 können die Bürger dieser Länder in Deutschland uneingeschränkt arbeiten und leben.

Die generelle Einreise nach Deutschland ist aber nicht eingeschränkt – was viele Rumänen und Bulgaren schon jetzt nutzen. Die Dienstleistungsfreiheit ermöglicht es zum Beispiel, dass rumänische Handwerker ihre Leistungen als Selbstständige in Deutschland anbieten. Sollte ihr Verdienst nicht für den Lebensunterhalt ausreichen,

haben sie gegebenenfalls Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II.

Damit können Regelungen ausgehebelt werden, die dem Sozialtourismus Einhalt gebieten sollten: Wer sich länger als drei Monate in einem EU-Mitgliedsland aufhalten will,

muss auch bei Freizügigkeit erwerbstätig sein oder über ausreichende Eigenmittel verfügen. Erst nach einer Wartezeit von fünf Jahren sind diese Personen berechtigt, die gleichen Sozialleistungen zu beziehen wie Einheimische. Wer Leistungen vom deutschen Staat bekommt, wird deshalb aber nicht automatisch in sein Heimatland zurückgeschickt. Die EU-Richtlinie sieht vielmehr vor, dass die persönlichen Umstände zu berücksichtigen sind.

Für Befürchtungen, dass Rumänen und Bulgaren hauptsächlich wegen der Sozialleistungen nach Deutschland einwandern, gibt es derzeit keine Belege. Zwar kamen in den Jahren 2007 bis 2012 knapp 150.000 Rumänen und rund 90.000 Bulgaren nach Deutschland (Grafik). Doch mit der Zuwanderung nahm auch die Erwerbstätigkeit zu:

**Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Rumänen stieg von 2007 bis 2012 um fast 150 Prozent auf 67.000, die der Bulgaren um 70 Prozent auf knapp 26.000.**

Zwar wuchs gleichzeitig auch die Zahl der Arbeitslosen aus den beiden Staaten, doch das Niveau ist vergleichsweise niedrig. Im Juni dieses Jahres wurden lediglich 7.000 arbeitslose Rumänen und 6.000 arbeitslose Bulgaren gezählt.

**Bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben die Rumänen eine Arbeitslosenquote von nur 7,5 Prozent – und damit eine niedrigere Quote als die Deutschen.**

Mit 14 Prozent ist die bulgarische Quote zwar deutlich höher, dennoch sind diese EU-Bürger besser integriert als viele andere Zuwanderer.



# Anreize fehlen

**Länderfinanzen.** Die gute Konjunktur hat die Haushalte der Bundesländer aufpoliert. Das Schuldenproblem vieler Länder bleibt aber ungelöst. Zudem lässt die derzeitige Rechtslage den Ländern zu wenig Spielraum, selbst über ihre Einnahmen und Ausgaben zu entscheiden. Mehr Anreize zu solidem Wirtschaften sind notwendig.

Vor kurzem veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine aufsehenerregende Zahl: Sieben Bundesländer haben im ersten Halbjahr 2013 mehr Geld eingenommen als ausgegeben. Damit sind sie auf einem guten Weg, den Anforderungen der Schuldenbremse zu genügen. Sie schreibt vor, dass die Bundesländer ab 2020 ihre Haushalte ohne neue Kredite ausgleichen müssen.

Doch selbst wenn die Landesregierungen keine neuen Schulden mehr anhäufen müssen, sind die Altlasten vielerorts nach wie vor hoch. Ein Beispiel ist Berlin: Nach Bremen hatte die Hauptstadt Ende 2012 mit 18.000 Euro je Einwohner die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder. Insgesamt belaufen sich die Schulden Berlins mittlerweile auf mehr als 61 Milliarden Euro. Da sind die 1,2 Milliarden Euro, die Finanzsenator Ulrich Nußbaum bis 2017 in die Tilgung stecken will, nur ein sehr kleiner Tropfen auf einen sehr heißen Stein.

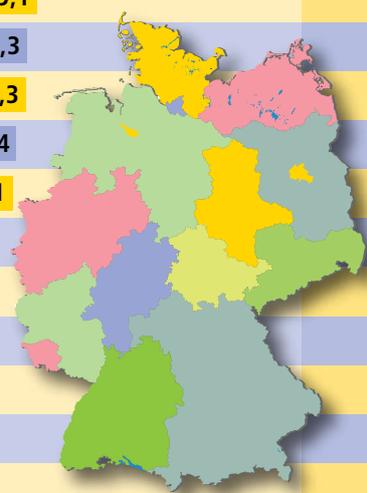
Die aufgelaufenen Verbindlichkeiten schlagen sich auch in hohen Zinszahlungen nieder (Grafik):

**Berlin musste im vergangenen Jahr fast jeden fünften Euro, den es durch Steuern einnahm, für Zinsen auf seine Schulden ausgeben – in Bremen**

## Die Zinslast der Bundesländer

So viel Prozent ihrer Steuereinnahmen mussten die Bundesländer im Jahr 2012 für Zinsen auf ihre Schulden ausgeben

Bundesland	Prozent der Steuereinnahmen für Zinsen	Zinsausgaben in Millionen Euro
Bremen	32,1	730
Saarland	22,0	511
Berlin	18,1	2.099
Nordrhein-Westfalen	15,1	6.549
Schleswig-Holstein	13,5	917
Sachsen-Anhalt	13,1	712
Thüringen	12,3	630
Rheinland-Pfalz	12,3	1.193
Brandenburg	11,4	663
Hamburg	11,1	990
Mecklenburg-Vorpommern	10,1	384
Niedersachsen	9,9	1.875
Hessen	8,7	1.432
Baden-Württemberg	8,1	2.410
Sachsen	3,4	327
Bayern	3,0	1.043



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - wvd 38

### verschlang der Zinsdienst sogar etwa jeden dritten Steuer-Euro.

Folglich fehlt den Ländern das Geld an anderer Stelle, etwa um Straßen und Schienenwege instand zu halten oder Schulen zu sanieren.

Auf der Suche nach einem Ausweg fordert der Berliner Finanzsenator einen „Altschuldenfonds“. Der Bund solle demnach einen Teil der Landesschulden übernehmen – letztlich käme dies einem Schuldenschnitt gleich. Dafür würde Berlin sogar Kompetenzen an den Bund abgeben. Ein anderer Vorschlag der SPD-geführten Länder sieht vor, dass die Bundesländer eigenständig jene Steuern erhöhen dürfen, an deren Aufkommen sie beteiligt sind, zum Beispiel die Einkommenssteuer. Allerdings sollen die Länder dabei stets gemeinsam vorgehen.

Auch dann dürften die einzelnen Bundesländer aber nicht eigenverantwortlich über die Höhe ihrer Einnahmen entscheiden. Das verhindert schon der Länderfinanzausgleich. Er führt dazu, dass der größte Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen, den ein Bundesland etwa durch eine attraktive Standortpolitik erzielt, in den allgemeinen Ausgleichstopf fließt.

Daher sollte der Staat spätestens 2019, wenn der Solidarpakt II ausläuft – er regelt die besondere Förderung der ostdeutschen Länder –, bessere Anreize für eine eigenständige, solide Finanzpolitik der Länder setzen. Sie könnten etwa das Recht bekommen, individuell einen Zu- oder Abschlag auf die ihnen zustehenden Einkommenssteuereinnahmen zu erheben.

# Mehr Geld für weniger Nachwuchs

**Bildungsexpansion.** Jahr für Jahr nimmt die Politik mehr Geld für öffentliche Bildungsausgaben in die Hand. Davon profitieren insbesondere junge Leute, denn sie sind es, die Kindergärten, Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik besuchen. Da diese Altersgruppe schrumpft, steigt ihr Anteil am „Bildungskuchen“.

Alle Jahre wieder kritisiert der OECD-Bildungsbericht an Deutschland vor allem die im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zu geringen öffentlichen Bildungsausgaben.

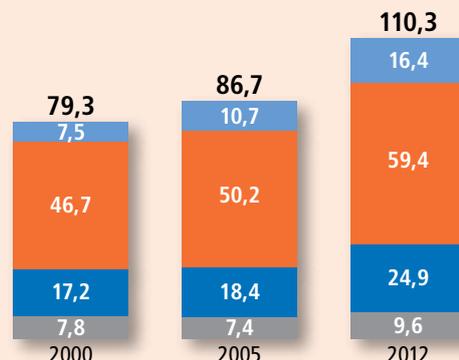
Tatsächlich ist der Anteil der Bildungsausgaben in den vergangenen Jahren kaum gestiegen: Laut Bildungsfinanzbericht flossen zur Jahrtausendwende 3,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Bildung – 2012 waren es 4,2 Prozent.

Allerdings weist diese Kennziffer erhebliche Mängel auf, denn sie ignoriert zum Beispiel die demografische Entwicklung einer Bevölke-

## Das Bildungsbudget

Öffentliche Bildungsausgaben in Deutschland in Milliarden Euro

- für Kitas
- für allgemeinbildende und berufliche Schulen
- für Hochschulen
- für Sonstiges wie Förderung von Schülern und Studenten oder Jugendarbeit



je Einwohner im Alter von maximal 30 Jahren in Euro



2012: Soll-Werte; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 38

rung. Bildungseinrichtungen und -institutionen werden logischerweise überwiegend von jungen Leuten genutzt, lediglich die Weiterbildung wendet sich explizit an ältere Jahrgänge. Legt man also die jährlichen Bildungsausgaben auf die Hauptzielgruppe um, schneidet Deutschland deutlich besser ab als im Urteil der OECD (Grafik):

**Je Einwohner unter 30 Jahren gerechnet betragen die öffentlichen Bildungsausgaben im Jahr 2000 rund 2.900 Euro – inzwischen sind es fast 4.500 Euro.**

Vor allem für die Kleinsten wird viel getan. Die Ausgaben für Krippen und Kindertageseinrichtungen stiegen von 7,5 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 16,4 Milliarden Euro im Jahr 2012. Der Anteil der unter

Dreijährigen, die in einer öffentlich geförderten Kita oder bei einer Tagesmutter betreut werden, hat sich seit 2006 mehr als verdoppelt und betrug 2012 knapp 28 Prozent.

Auch an den deutschen Hochschulen hat sich viel verbessert. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung im entsprechenden Alter knapp 17 Prozent – 2011 lag er bereits bei mehr als 30 Prozent. Dass die Universitäten und Fachhochschulen Jahr für Jahr mehr Studenten aufnehmen, liegt auch an den Finanzen: Die Grundmittel für die Hochschulen sind sukzessive aufgestockt worden, 2012 wendete der Bund fast 25 Milliarden Euro dafür auf – fast 8 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2000.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.